



Niederschrift

35. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität

Sitzungstermin: Donnerstag, 23.03.2023
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 21:16 Uhr
Ort, Raum: Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Andreas Walter	Bündnis 90/Die Grünen	Sitzungsleitung
---------------------	--------------------------	-----------------

Ausschussmitglieder

Herr Fabian Twerdy	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Michél Berlin	Sozial.DIE LINKE.Potsdam	
Herr Matthias Finken	CDU	
Herr André Tomczak	DIE aNDERE	ab 18:07 Uhr

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Grit Schkölziger	SPD
-----------------------	-----

sachkundige Einwohner

Herr Maximilian Adams	CDU
Frau Dr. Sophie Haebel	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Dr. Matthias Kretschmer	Freie Demokraten
Herr Jan Kuppert	DIE aNDERE
Frau Elke Lentz	SPD
Herr Klaus Rietz	BürgerBündnis
Herr Norbert Wilke	DIE LINKE

Beigeordnete

Herr Bernd Rubelt	Geschäftsbereich 4
-------------------	--------------------

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Uwe Adler	SPD	entschuldigt
Herr Leon Troche	SPD	entschuldigt
Herr Sebastian Olbrich	AfD	entschuldigt
Frau Sabine Becker	Freie Demokratische Partei	entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Dr.med. Carmen Klockow	Bürgerbündnis	entschuldigt

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	entschuldigt
----------------------	---------------	--------------

Vertreter der Beiräte

Herr Frank Spade	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
------------------	-----------------------	--------------

Vertreterin der Bewegung Fridays for Future

Frau Anna Ducksch		entschuldigt
-------------------	--	--------------

Schriftführerin:

Frau Viola Kropp GB Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt

Gäste

Herr Harald Kümmel	Geschäftsstelle Bauen und Projekte	Zum TOP Haushalt
Herr Thomas Schenke	Fachbereich Mobilität und Infrastruktur	Zu TOP 3.3, 3.10 bis 3.13
Frau Yvonne Stolzmann	Bereich Potsdam- Mitte	Zu TOP 3.3
Herr Jan Hendrik Brinkkötter	Bereich Stadtraum Süd-West	Zu TOP 3.4. und 3.5
Herr Hocke	VIC Planen und Bauen GmbH	Zu TOP 3.2
Herr Robert Pfeiffer	Fachbereich Bildung, Jugend und Sport	Zu TOP 3.9
Herr Torsten Gessner	Bereich Familie, Freizeit und Sport	Zu TOP 3.6
Herr Friedhelm Blume	Ortsgruppe Potsdam des VCD Brandenburg	Rederecht zu TOP 3.3

Frau Silke Reimer
Herr Toralf Schirmag
Frau Cordine Lippert

Potsdam Zero
Wirtschaftsförderung
Kordinierungstelle
Klimaschutz

Rederecht zum TOP Haushalt
Zu TOP 3.4 und 3.5
Zu TOP 3.15

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
23.02.2023

- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 3.1 Haushalt

- 3.1.1 Eckwertebeschluss für die Planung und Aufstellung des Doppelhaushaltes
2023/2024 (inklusive mittelfristiger Finanzplanung 2025 – 2027)
Vorlage: 22/SVV/0714
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Finanzen, Investitionen und Controlling
- 3.1.2 Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2023/2024
Vorlage: 23/SVV/0219
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich 1
- 3.1.3 Park- und Grünanlagenpflege dauerhaft sichern
Vorlage: 22/SVV/0941
Fraktion CDU
(Wiedervorlage zur Behandlung mit den Haushaltsberatungen)
- 3.1.4 Ausreichend Mittel für Park- und Grünanlagenpflege einplanen
Vorlage: 22/SVV/0942
Fraktion CDU
(Wiedervorlage zur Behandlung mit den Haushaltsberatungen)
- 3.1.5 Qualität von Volkspark und Lustgarten sichern und erhalten
Vorlage: 22/SVV/1106
Fraktion CDU
(Wiedervorlage zur Behandlung mit den Haushaltsberatungen)
- 3.1.6 Fortschreibung Prioritätenliste naturschutzrechtlicher Ausgleichs- und
Ersatzmaßnahmen
Vorlage: 22/SVV/0979
Fraktion DIE aNDERE
(Rücküberweisung und Wiedervorlage zur Behandlung mit den
Haushaltsberatungen)

- 3.1.7 Personalbedarfsanalyse
Analyse zur Sicherung einer aufgabengerechten Personalausstattung der
Stadtverwaltung
Vorlage: 23/SVV/0289

- Oberbürgermeister, Fachbereich Personal und Organisation
(Mitteilungsvorlage)
- 3.2 Machbarkeitsprüfung Brücke Kiewitt/Hermannswerder
Vorlage: 21/SVV/0502
Fraktion SPD
(Wiedervorlage)
- 3.3 Innenstadt – Straßenräume neu denken!
Vorlage: 23/SVV/0060
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
(Rücküberweisung)
- 3.4 Beschluss Rahmenplan Golm 2040
Vorlage: 22/SVV/1236
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
- 3.5 Flächennutzungsplan-Änderung „Golm Nord“ (28/22) Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 22/SVV/1237
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
- 3.6 Kiez-Schwimmbad Nord verbindlich in die Planung aufnehmen
Vorlage: 23/SVV/0049
Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam und SPD
- 3.7 Bad für den Norden der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 22/SVV/1220
Fraktion CDU
- 3.8 Gestaltung der Badrückwand am Brauhausberg
Vorlage: 23/SVV/0053
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion SPD
- 3.9 Nächster Stopp Elternhaltestelle
Vorlage: 23/SVV/0146
Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam
- 3.10 Park & Ride Parkplatz „Campus Jungfernsee“ erweitern
Vorlage: 23/SVV/0188
Fraktion Bürgerbündnis
- 3.11 Trinkwasserbrunnen und Hitzeschutz
Vorlage: 23/SVV/0195
Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam
- 3.12 Begrünung des Mittelstreifens der Breiten Straße
Vorlage: 23/SVV/0185
Fraktion DIE LINKE
- 3.13 Quartiersgaragenkonzept für die Innenstadt und angrenzenden Vorstädte
Vorlage: 23/SVV/0191
Fraktion CDU
- 3.14 Konkretisierung der Nachhaltigkeitsstandards sowie Verzicht auf eine Tiefgarage in den Planungen für Block V
Vorlage: 23/SVV/0189
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion SPD
- 3.15 Klimabericht 2020
Vorlage: 22/SVV/1096
Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen

(Mitteilungsvorlage) - 2. Lesung

- 3.16 Sachstandsbericht zur Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung zur Verstärkung der Klimaschutzziele in der Stadtentwicklung
Vorlage: 23/SVV/0210
Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen
(Mitteilungsvorlage)
- 3.17 Sachstandsbericht zur Umsetzung des Beschluss 21/SVV/0566 Klimacheck in Vorlagen (Klimawirkungsprüfung von StVV-Beschlüssen)
Vorlage: 23/SVV/0167
Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen
(Mitteilungsvorlage)
- 3.18 Förderrichtlinie zur Aktivierung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen in der Landeshauptstadt Potsdam (Klimaschutzförderrichtlinie – PKSchuFRL)
Vorlage: 23/SVV/0166
Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen
(Mitteilungsvorlage)
- 3.19 Zwischenbericht - Ökologisches Bauen von kommunalen Gebäuden
Vorlage: 22/SVV/1222
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich 1, Kommunaler Immobilien Service
(Mitteilungsvorlage)
- 3.20 Besonders attraktive Fördermöglichkeiten für den Austausch von Ölheizungen nutzen
Vorlage: 23/SVV/0172
Oberbürgermeister, GB 1, Kommunaler Immobilien Service
(Mitteilungsvorlage)
- 3.21 Anschaffung von Dialogdisplays (Geschwindigkeitsanzeigen) zur Verbesserung der Verkehrssicherheit
Vorlage: 23/SVV/0239
Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
(Mitteilungsvorlage)
- 3.22 Wiedereröffnung der Straße Am Lustgartenwall für Fahrradfahrer und Fußgänger zwischen Hoffbauerstraße/Dortustraße und "Am Lustgartenwall"
Vorlage: 23/SVV/0240
Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
(Mitteilungsvorlage)
- 3.23 Barrierefreiheit Bahnhof Marquardt
Vorlage: 23/SVV/0238
Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
(Mitteilungsvorlage)
- 3.24 Rahmenplan Am Stern
Vorlage: 23/SVV/0171
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
(Mitteilungsvorlage)
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Berichterstattung zum Fahrplan STEK Verkehr

- 4.2 Berichterstattung zur Dach- und Fassadenbegrünung in der Landeshauptstadt
Potsdam (gemäß Beschluss 17/SVV/0532)
Fachbereich Umwelt, Klima und Grünflächen
- 4.3 Berichterstattung zur Vermeidung von Schleichverkehr in der Posthofstraße
(gemäß Beschluss 20/SVV/1120)
Fachbereich Mobilität und Infrastruktur
- 4.4 Berichterstattung zum Prüfauftrag "Querschnitt Modal Split" (gemäß Beschluss
STVV 22/SVV/0733)
Fachbereich Mobilität und Infrastruktur
- 4.5 Berichterstattung zur Verbesserung der Querungssituation am Brandenburger
Tor (gemäß Beschluss 22/SVV/0728)
Fachbereich Mobilität und Infrastruktur
- 4.6 Berichterstattung zum Prüfauftrag "Fußgängerweg an der B2 Nedlitzer Straße
von der Bushaltestelle Am Pfingstberg bis zum Eingang Volkspark" (gemäß
Beschluss STVV 22/SVV/0746")
Fachbereich Mobilität und Infrastruktur
- 4.7 Berichterstattung zum Prüfauftrag "Austausch der Straßenbahnschienen in
Gefährbereichen" (gemäß Beschluss STVV 22/SVV/0729)
Fachbereich Mobilität und Infrastruktur
- 5 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Herr Walter, eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.02.2023

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 5 von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität anwesend.

Bezüglich der **vorliegenden Tagesordnung** wird vorgeschlagen:

- **Zurückstellung** des Antrages **TOP 3.8 23/SVV/0053**
„Gestaltung der Badrückwand am Brauhausberg“, da dieser im
Kulturausschuss auf unbestimmte Zeit zurückgestellt worden ist.

- **Zurückstellung** des Antrages TOP 3.7 22/SVV/1220 „Bad für den Potsdamer Norden der Landeshauptstadt Potsdam“
- Zusätzlich zur Sitzung wurde die Mitteilungsvorlage 23/SVV/0298 Personalbedarfsanalyse an die Ausschussmitglieder übermittelt.
Hier wurden die Ausschüsse um Behandlung/Kenntnisnahme gemeinsam mit der Haushaltsberatung gebeten, so dass die **Erweiterung der TO** um den TOP 3.1.7 vorgeschlagen wird.
- **Gemeinsame Behandlung** aller TOP's unter Haushalt (3.1.1. bis 3.1.7.) und anschließend getrennte Abstimmung der Vorlagen/Anträge
- **Gemeinsame Behandlung** der TOP'e 3.5 und 3.6 zu Golm

Die so **geänderte Tagesordnung** wird zur Abstimmung gestellt und **einstimmig bestätigt**.

Herr Rubelt verweist auf den großen Umfang der Tagesordnung und macht aufmerksam, dass es bei so vielen Tagesordnungspunkten schwierig sei, die Sitzung zu gestalten. Er wirbt deshalb bei den Fraktionen dafür, die Drucksachen nur in die Fachausschüsse zu überweisen, die dafür zuständig sind. Viele der Drucksachen werden in diverse Ausschüsse überwiesen, wo ein Ausschuss das Votum des anderen Ausschusses abwarten möchte und wiederholt Zurückstellungen vornimmt.

Zur **Niederschrift** der 34. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität vom 23.03.2023 gibt es keine Hinweise; sie wird **mit 1 Stimmenthaltung bestätigt**.

Folgende **Anträge auf Rederecht** liegen vor:

- zum **TOP Haushalt** von Frau Silke Reimers (Potsdam Zero)
- zum **TOP 3.3** Innenstadt – Straßenräume neu denken! 23/SVV/0060 für Herrn Blume (Ortsgruppe Brandenburg des VCD Brandenburg)

Die Anträge auf Rederecht werden **einstimmig bestätigt**.

zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 3.1 Haushalt

Frau Reimer (Potsdam Zero) nimmt das Rederecht wahr und bittet sich dafür einzusetzen, dass Potsdam bis 2035 klimaneutral wird. Aus diesem Grunde ist es erforderlich, dass Maßnahmen für den Bereich Klimaschutz in den Haushalt der Landeshauptstadt Potsdam aufgenommen werden und Investitionen erfolgen.

Die Tagesordnungspunkte unter 3.1. (3.1.1. bis 3.1.7) werden gemeinsam behandelt.

Herr Kümmel (Geschäftsstelle Bauen und Projekte) gibt anhand einer Präsentation, welche der Niederschrift als Anlage beigefügt wird, Erläuterungen zum Haushaltsentwurf 2023/24 sowie zu Personalfragen.

Herr Rubelt ergänzt, dass es sich hier um komplexe Zahlenwerke handelt und bittet zu beachten, dass das, was jetzt nicht für den Werteerhalt geleistet werden kann, später zum Investitionsfall wird. Das wird in den beiden Bereichen

- Grünanlagen sowie
- Verkehrsanlagen

deutlich. Hier steht die LHP pro Jahr mit 1,5 Mio. € unter dem Budget. Stadt, Land und der Bund unterstützen mit Fördermitteln, machen jedoch den Klimaschutz nicht zur Pflicht. Herr Rubelt bittet bei allen Forderungen zu berücksichtigen, dass es einen engen Handlungsrahmen gibt.

Der Vorsitzende macht aufmerksam, dass es laut Sitzungskalender STVV im April 2023 keine KUM-Ausschusssitzung gibt, d.h. entsprechend dem Schreiben des Oberbürgermeisters, bereits heute die Abstimmung zum Haushalt erfolgen müsste.

Innerhalb der sich anschließenden Diskussion werden u.a. verschiedene Themen angesprochen:

- Jugendfläche am Nuthepark – im Bereich Grünflächen sind dafür keine Mittel vorgesehen,
- Spielplatzsanierung – aufgrund begrenzter Mittel kann es in Einzelfällen auch zu Sperrungen kommen,
- Volkspark (sh. auch TOP 3.1.5) - geringere Pflegestufe möglich und damit verbunden ein geringerer Werteerhalt; daher erforderliche Bemessung notwendig, was langfristig erhalten werden soll und die Erarbeitung eines Pflegekonzeptes,
- 100 T€ für vorbereitende Maßnahmen für energetische Sanierung in Altbaubereichen sind noch im Budget enthalten,
- Umsetzung des 1000 Bäume-Programmes ist nicht möglich
- Hitzeaktionsplan – Verweis auf Doppelstruktur; eine Stelle im Gesundheitsmanagement kümmert sich um Akutmaßnahmen.

Der Vorsitzende übt Kritik am Haushalt sowie der Forderung der Ausweisung von

Deckungsquellen. Zudem sei der Haushalt zu spät ausgereicht worden, um sich intensiv damit befassen zu können. Ebenso habe er gehofft, dass das Brandenburg-Paket im Haushalt Berücksichtigung finden wird. Derzeit sehe er sich nicht in der Lage, dem Haushalt seine Zustimmung zu geben.

Herr Finken schließt sich seinem Vorredner an und kritisiert, dass im Haushalt keine Einzelmaßnahmen erkennbar sind, sondern nur Produktnummern. Die Vorgabe bis Ende März 2023 alle Anträge einzureichen und Deckungsquellen auszuweisen, sei nicht umsetzbar. Aus seiner Sicht könne der Haushalt nur zur Kenntnis genommen werden.

Herr Rubelt bestätigt, dass das Brandenburg-Paket bekannt, jedoch noch nicht für die Stadt verfügbar sei. Den Hinweis würde er jedoch mitnehmen. Die Möglichkeit haushaltsbegleitende Anträge, vorbehaltlich der Zuwendungen aus dem Brandenburg-Paket zu stellen, sei nicht möglich.

zu 3.1.1 Eckwertebeschluss für die Planung und Aufstellung des Doppelhaushaltes 2023/2024 (inklusive mittelfristiger Finanzplanung 2025 – 2027)

Vorlage: 22/SVV/0714

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Finanzen, Investitionen und Controlling

Siehe TOP 3.1

Der Vorsitzende schlägt vor, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen. Dem Vorschlag wird **einstimmig** gefolgt.

zu 3.1.2 Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2023/2024

Vorlage: 23/SVV/0219

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich 1

Siehe TOP 3.1

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag, die Vorlage zurückzustellen und bittet um die Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: einstimmig

zu 3.1.3 Park- und Grünanlagenpflege dauerhaft sichern

Vorlage: 22/SVV/0941

Fraktion CDU

(Wiedervorlage zur Behandlung mit den Haushaltsberatungen)

Siehe TOP 3.1

Herr Finken verweist auf die Diskussion zur Haushaltssatzung und bittet für die antragstellende Fraktion CDU auch die TOP'e 3.1.3 (22/SVV/0941), 3.1.4 (22/SVV/0942) sowie 3.1.5 (22/SVV/1106) nochmals zurückzustellen und mit der Wiedervorlage der Haushaltssatzung erneut aufzurufen.

Gegen diese Verfahrensweise erfolgt kein Widerspruch.

zu 3.1.4 Ausreichend Mittel für Park- und Grünanlagenpflege einplanen

Vorlage: 22/SVV/0942

Fraktion CDU

(Wiedervorlage zur Behandlung mit den Haushaltsberatungen)

Siehe TOP 3.1

Zurückgestellt – sh. TOP 3.1.3

zu 3.1.5 Qualität von Volkspark und Lustgarten sichern und erhalten

Vorlage: 22/SVV/1106

Fraktion CDU

(Wiedervorlage zur Behandlung mit den Haushaltsberatungen)

Siehe TOP 3.1

Zurückgestellt – sh. TOP 3.1.3

zu 3.1.6 Fortschreibung Prioritätenliste naturschutzrechtlicher Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

Vorlage: 22/SVV/0979

Fraktion DIE aNDERE

(Rücküberweisung und Wiedervorlage zur Behandlung mit den Haushaltsberatungen)

Siehe TOP 3.1

Hier handelt es sich um eine Rücküberweisung aus der Stadtverordnetenversammlung.

Herr Kümmel (Geschäftsstelle Bauen und Projekte) erinnert an die bereits zu diesem Antrag geführte Diskussion und macht nochmals anhand einer Folie (wird der Niederschrift als Anlage beigelegt) aufmerksam, welche zusätzlichen Mittel

für die Umsetzung erforderlich wären.

Herr Tomczak bittet auch hier für die antragstellende Fraktion um ein erneutes Aufrufen mit der Haushaltssatzung.

Es erfolgt kein Widerspruch, so dass der Antrag zurückgestellt wird.

Neu
3.1.7

Personalbedarfsanalyse
Analyse zur Sicherung einer aufgabengerechten Personalausstattung der Stadtverwaltung
Vorlage: 23/SVV/0289
Oberbürgermeister, Fachbereich Personal und Organisation
(Mitteilungsvorlage)

Siehe TOP 3.1

Auf die Nachfrage von Herrn Finken zur Besetzungsquote geht Herr Kümmel (Geschäftsstelle Bauen und Projekte) ein und macht auf den Personalwandel und den schwierigen Arbeitsmarkt aufmerksam. Zielstellung sei es, die freien Stellen so schnell wie möglich mit Hilfe von Besetzungsverfahren besetzt zu bekommen. Dies stellt sich jedoch aufgrund der hohen Fluktuation und der Suche auf dem Arbeitsmarkt problematisch dar.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Mitteilungsvorlage 23/SVV/0298 zur Kenntnis.

zu 3.2 **Machbarkeitsprüfung Brücke Kiewitt/Hermannswerder**
Vorlage: 21/SVV/0502
Fraktion SPD
(Wiedervorlage)

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und Infrastruktur) greift den Antrag aus dem Jahr 2021 auf, in welchem um eine Machbarkeitsprüfung zur Brücke Kiewitt/Hermannswerder gebeten worden ist. Diese Prüfung ist bereits erfolgt und das Ergebnis liegt jetzt vor.

Herr Hocke (VIC Planen und Beraten GmbH) stellt anhand einer Präsentation (wird der Niederschrift als Anlage beigefügt) die Machbarkeitsstudie zur Fuß- und Radwegbrücke zwischen dem Kiewitt und der Insel Hermannswerder vor. Es wurden 5 mögliche Standorte untersucht, von denen sich ein Standort als denkbar erwiesen hat. Herr Hocke stellt mögliche Brückenkonstruktionen vor und geht auf einzelne Rückfragen von Ausschussmitgliedern ein.

Frau Schkölziger macht aufmerksam, dass eine Brücke einen Mehrwert an Lebensqualität biete und damit gegenüber der Fähre die Vorzugsvariante sei.

Aufgrund der Kosten sei eine Umsetzung derzeit nicht möglich, sollte jedoch dann aktuell werden, wenn die Fähre nicht mehr nutzbar sei.

Herr Rubelt bestätigt, dass es sich um ein langfristiges Vorhaben handelt und die Fähre eine unzureichende Verkehrsinfrastruktur zur Erschließung der Insel darstelle. Zudem sollte beim Modal Split dem Fahrrad der Vorrang gegeben werden.

Die Umsetzung des Antrages ist mit der Erarbeitung der Machbarkeitsstudie bereits erfolgt, so dass der Ausschuss den Antrag zur Kenntnis nimmt.

zu 3.3 **Innenstadt – Straßenräume neu denken!**

Vorlage: 23/SVV/0060

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
(Rücküberweisung)

Herr Blume nimmt das Rederecht für den VDC Brandenburg, Ortsgruppe Potsdam) wahr. Die im Konzept vorgesehenen Änderungen in der Charlottenstraße stellen eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität dar, so dass er bittet, das Konzept ungeändert zu beschließen.

Auch hier handelt es sich um eine Rücküberweisung aus der Stadtverordnetenversammlung März 2023, informiert der Vorsitzende. Es sind demnach noch folgende (nach der Behandlung im KUM-Ausschuss am 23.02.2023) eingereichten Anträge

- **ÄA/EA der Fraktion AfD vom 27.02.23**

Das Konzept „Innenstadt – Straßenräume neu denken! Konzeptionelle Ansätze für Umnutzungen von Straßenräumen“ bildet die Grundlage des weiteren Verwaltungshandelns, um sich dem Ziel einer auto**freien**reduzierten Innenstadt in der Landeshauptstadt Potsdam schrittweise anzunähern., **unter der Maßgabe, die Bedürfnisse betroffener Hoteliers, Gewerbetreibender, Einzelhändler, Handwerker und Freiberufler stärker als bisher in die Planung einzubeziehen.**

- **ÄA der Fraktion DIE LINKE vom 28.02.23**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Anlage Konzept ist im Absatz KFZ-Parken (Seite 35) zu ändern:

Im Bereich der Charlottenstraße sind die Gebührenparkplätze zu erhalten.

Diese Änderung ist in Text und Plankarte einzuarbeiten.

zu votieren. Eine Einbringung der v.g. Anträge erfolgt nicht.

Herr Rubelt informiert aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen,

Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes am vergangenen Dienstag. Dort ist die Vorlage mit der Ergänzung aus dem Antrag der Fraktion DIE aNDERE vom 21.02.2023 „Fußgängerzone Holländisches Viertel“ zur Beschlussfassung empfohlen worden. Herr Rubelt bittet dieses Votum kritisch zu bewerten und verweist darauf, dass es sich bei dem durchgeführten Werkstattverfahren um einen Kompromiss handeln würde. Er empfiehlt den Antrag in eine Prüfung zum Beschluss umzuwandeln, um so die Gelegenheit zu erhalten, mit den Anwohnern darüber zu diskutieren.

Herr Rubelt schlägt folgende geänderte Formulierung für den Ergänzungsantrag der Fraktion DIE aNDERE vor:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Ausweisung des gesamten Holländischen Viertels, über die vorgelegte Planung in Anlage 1 hinaus, als Fußgängerzone zu prüfen.

Das Ergebnis wird dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität im 4. Quartal 2023 vorgestellt.“

Nach kurzer Diskussion unter Beteiligung verschiedener Ausschussmitglieder äußert Herr Tomczak, dass er dem Vorschlag auf Umwandlung in einen Prüfauftrag folgen könne.

Der Ausschussvorsitzende stellt folgende Anträge zur Abstimmung:

- ÄA/EA der Fraktion AfD vom 27.02.23 – Abstimmungsergebnis: einstimmig abgelehnt
- ÄA der Fraktion DIE LINKE vom 28.02.23 - Abstimmungsergebnis: einstimmig abgelehnt
- Angepasster Ergänzungsantrag der Fraktion DIE aNDERE vom 21.02.2023 (siehe oben) – Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Die ergänzte Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Das Konzept „Innenstadt – Straßenräume neu denken! Konzeptionelle Ansätze für Umnutzungen von Straßenräumen“ bildet die Grundlage des weiteren Verwaltungshandelns, um sich dem Ziel einer autofreien Innenstadt in der Landeshauptstadt Potsdam schrittweise anzunähern.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Ausweisung des gesamten Holländischen Viertels, über die vorgelegte Planung in Anlage 1 hinaus, als Fußgängerzone zu prüfen.

Das Ergebnis wird dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität im 4. Quartal 2023 vorgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 3.4 Beschluss Rahmenplan Golm 2040**Vorlage: 22/SVV/1236**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung

Die Tagesordnungspunkte 3.4 und 3.5 werden gemeinsam behandelt.

Herr Brinkkötter (Bereich Stadtraum Süd-West) stellt die Inhalte der Vorlagen 22/SVV/1236 und 22/SVV/1237 anhand einer Präsentation, welche der Niederschrift als Anlage beigefügt wird, vor und geht insbesondere auf die Schwerpunkte

- Landschaft und Nachhaltigkeit sowie
- nachhaltige Mobilität

ein. Im Hinblick auf das Zukunftsbild nachhaltige Mobilität gilt es auch hier, verschiedene Sachen auszuprobieren und ggf. nachzujustieren.

Im Rahmen der sich anschließenden Diskussion äußert Frau Schkölziger, dass die Schaffung von Freiräumen für Jugendliche wichtig sei sowie Überlegungen zu Quartiersbussen bzw. autonomen Fahrens geführt werden sollten.

Herr Tomczak stellt dar, dass die Vorlagen bisher noch nicht im Ortsbeirat Golm behandelt worden sind und wird der Vorlage nicht zustimmen und verweist ergänzend auf den hohen Eingriff in das Landschaftsschutzgebiet.

Herr Brinkkötter bestätigt, dass durch die Norderweiterung ein Eingriff in das Landschaftsschutzgebiet erfolgt. Es wird versucht, die vorhandene Landschaft mit aufzunehmen und zu verknüpfen. Hierzu befinde man sich gegenwärtig in vertiefenden Untersuchungen, beispielsweise zur Wiedervernässung des Golmer Luchs als Ausgleich. Hinsichtlich der von Frau Schkölziger angesprochenen Jugendräume sei man im Kontakt mit der Ortsvorsteherin, Frau Knier. Busse und autonomes Fahren wären vorstellbar.

Der Vorsitzende stellt die Vorlage 22/SVV/1236 zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rahmenplan Golm 2040 bildet die planerische und konzeptionelle Grundlage für die weitere Entwicklung des Ortsteils und des Innovationsstandortes Golm und ist u.a. bei Bebauungsplanverfahren zu berücksichtigen.
2. Der Rahmenplan Golm 2040 ist eine langfristige, gemeinsame Strategie- und Arbeitsgrundlage mit Selbstbindung für die Stadtverordnetenversammlung und die Verwaltung.
3. Die aufgezeigten Handlungsfelder und Maßnahmen sind durch die Verwaltung konzeptionell, finanziell und zeitlich zu konkretisieren.
4. Der Rahmenplan Golm 2040 ist – im Rahmen eines entwicklungsbegleitenden Monitorings – regelmäßig auf seine Aktualität zu prüfen und hinsichtlich seiner planerischen Grundzüge fortzuschreiben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	1

zu 3.5 Flächennutzungsplan-Änderung „Golm Nord“ (28/22)

Aufstellungsbeschluss

Vorlage: 22/SVV/1237

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung

Siehe TOP 3.4

Die Vorlage 22/SVV/1237 wird zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Flächennutzungsplan-Änderung „Golm Nord“ (28/22) ist nach § 2 Abs. 1 i.V.m. § 1 Abs. 8 BauGB durchzuführen – Aufstellungsbeschluss (gemäß Anlagen 2 und 3)
2. Planerische Grundlage für die Flächennutzungsplan-Änderung ist der vorliegende Rahmenplan Golm 2040 (siehe Anlage 4).
3. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB und der Behörden nach § 4 Abs. 1 BauGB ist durchzuführen.
4. Der Beschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich bekanntzumachen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	2

Stimmhaltung: 2

Damit empfiehlt der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität der Stadtverordnetenversammlung, die Vorlage **abzulehnen**.

zu 3.6 Kiez-Schwimmbad Nord verbindlich in die Planung aufnehmen

Vorlage: 23/SVV/0049

Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam und SPD

Herr Berlin bringt den Antrag ein und bittet, folgende neue Fassung aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes vom 21.2.23 zur Abstimmung zu bringen.

„Die Stadt Potsdam bekennt sich verbindlich zur Notwendigkeit des Baus einer weiteren Schwimmhalle im Potsdamer Norden.

Die Finanzierung der notwendigen Planungskosten des Kiez-Schwimmbads Nord wird in die Mittelfristplanung aufgenommen. Mit dem Ende der ersten Ausbaustufe Krampnitz soll die Umsetzung realisiert werden, wobei mit der dafür notwendigen Planung rechtzeitig davor zu beginnen ist. Mögliche Fördergelder sind dabei kontinuierlich auszuloten und einzubeziehen.

Der Oberbürgermeister wird weiterhin beauftragt im Potsdamer Norden ein entsprechend für den Bau eines Kiez-Schwimmbads Nord geeignetes und genehmigungsfähiges Grundstück für ein Hallenbad (min. fünf 25m-Bahnen und Lehrbecken) zu identifizieren, dauerhaft zu sichern und ein entsprechendes Baurecht herzustellen.

Zudem wird der Oberbürgermeister beauftragt den Bebauungsplan Nr. 141-5B „Entwicklungsbereich Krampnitz – Uferpark“ hinsichtlich der Realisierbarkeit eines kommunalen Strandbades weiter zu verfolgen, dauerhaft in kommunalem Eigentum zu sichern und ein entsprechendes Baurecht herzustellen. Sollte diese Fläche nicht realisierbar sein, so ist alternativ in Krampnitz oder unmittelbarer Umgebung eine Fläche für ein Freibad zu identifizieren, dauerhaft zu sichern und ein entsprechendes Baurecht herzustellen.

Der Stadtverordnetenversammlung sind bis Ende des 3. Quartals 2023 verbindliche Aussagen zum Planungsstand eines Strand- oder Freibades zu präsentieren. Im Anschluss daran ist dem Ausschuss für Bildung und Sport halbjährlich über den Fortschritt inkl. des weiteren Zeitplans zu berichten.“

Herr Gessner (Bereich Familie, Freizeit und Sport) bestätigt, dass die Intention des Antrages mit der Auffassung der Sportverwaltung übereinstimme.

Herr Rubelt geht anhand einer Präsentation, welche der Niederschrift als Anlage beigefügt wird, auf einzelne Rückfragen von Ausschussmitgliedern ein.

Die neue Fassung aus dem SBWL-Ausschuss wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Stadt Potsdam bekennt sich verbindlich zur Notwendigkeit des Baus einer weiteren Schwimmhalle im Potsdamer Norden.

Die Finanzierung der notwendigen Planungskosten des Kiez-Schwimmbads Nord wird in die Mittelfristplanung aufgenommen. Mit dem Ende der ersten Ausbaustufe Krampnitz soll die Umsetzung realisiert werden, wobei mit der dafür notwendigen Planung rechtzeitig davor zu beginnen ist. Mögliche Fördergelder sind dabei kontinuierlich auszuloten und einzubeziehen.

Der Oberbürgermeister wird weiterhin beauftragt im Potsdamer Norden ein entsprechend für den Bau eines Kiez-Schwimmbads Nord geeignetes und genehmigungsfähiges Grundstück für ein Hallenbad (min. fünf 25m-Bahnen und Lehrbecken) zu identifizieren, dauerhaft zu sichern und ein entsprechendes Baurecht herzustellen.

Zudem wird der Oberbürgermeister beauftragt den Bebauungsplan Nr. 141-5B „Entwicklungsbereich Krampnitz – Uferpark“ hinsichtlich der Realisierbarkeit eines kommunalen Strandbades weiter zu verfolgen, dauerhaft in kommunalem Eigentum zu sichern und ein entsprechendes Baurecht herzustellen. Sollte diese Fläche nicht realisierbar sein, so ist alternativ in Krampnitz oder unmittelbarer Umgebung eine Fläche für ein Freibad zu identifizieren, dauerhaft zu sichern und ein entsprechendes Baurecht herzustellen.

Der Stadtverordnetenversammlung sind bis Ende des 3. Quartals 2023 verbindliche Aussagen zum Planungsstand eines Strand- oder Freibades zu präsentieren. Im Anschluss daran ist dem Ausschuss für Bildung und Sport halbjährlich über den Fortschritt inkl. des weiteren Zeitplans zu berichten.“

**Abstimmungsergebnis:
Einstimmig angenommen.**

**zu 3.7 Bad für den Norden der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 22/SVV/1220
Fraktion CDU**

Zurück gestellt – siehe Verständigung zur Tagesordnung.

**zu 3.8 Gestaltung der Badrückwand am Brauhausberg
Vorlage: 23/SVV/0053
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion SPD**

Zurück gestellt – siehe Verständigung zur Tagesordnung.

zu 3.9 **Nächster Stopp Elternhaltestelle**
Vorlage: 23/SVV/0146

Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam

Eine Einbringung wird nicht gewünscht.

Herr Pfeiffer (Fachbereich Bildung, Jugend und Sport) führt aus, dass alle Schulen in Potsdam sehr gut und verkehrssicher zu Fuß, mit dem Rad und / oder mit dem Öffentlichen Personennahverkehr erreichbar sind. Aus diesem Grund wird durch die Landeshauptstadt Potsdam mit dem Schulwegsicherungskonzept vorrangig die Stärkung der Mobilitätskompetenz der Schulkinder angestrebt. Dieser Ansatz wird auch durch das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung verfolgt und zielt in erster Linie auf die Schulkinder ab, die ihren Schulweg nicht selbständig bewältigen können bzw. auf die Beförderung der Eltern mit dem Auto angewiesen sind. Beispielsweise sind hier Kinder aus ländlichen Regionen oder Kinder mit einem Grad der Behinderung betroffen. Nur unter Berücksichtigung dieser Aspekte und der jeweils vorhandenen Verkehrs- bzw. Parksituation an den Potsdamer Schulen sei die mit dem Antrag gewünschte Absicht nachvollziehbar und gegebenenfalls einer Entscheidung zuzuführen. Das grundsätzliche Bringen der Kinder mit privaten Autos wird hingegen als kontraproduktiv eingeschätzt. Auf Rückfragen geht Herr Pfeiffer ein.

Herr Berlin äußert, dass der Antragstext nicht zwingend bedeutet, dass es vor jeder Schule einen Elternstopp geben soll. Dieser könnte wenige Gehmiuten von der Schule entfernt sein und möglicherweise als Sammelpunkt für Kinder dienen.

Frau Schkölziger verweist auf das Schulwegsicherungskonzept und bittet zu beachten, dass der Hol- und Bring-Verkehr ein großes Problem darstellt.

Frau Schkölziger schlägt eine Änderung des Beschlusstextes vor, welcher im Wortlaut nicht zur Niederschrift vorliegt.

Herr Berlin beantragt die Zurückstellung des Antrages, um sich inhaltlich abstimmen zu können.

Dem Antrag auf Wiedervorlage zur nächsten Sitzung wird mit 5/1/0 zugestimmt.

zu 3.10 **Park & Ride Parkplatz „Campus Jungfernsee“ erweitern**
Vorlage: 23/SVV/0188

Fraktion Bürgerbündnis

Herr Rietz bringt den Antrag ein.

Herr Schenke (Fachbereich Infrastruktur und Mobilität) bringt in Erinnerung, dass bereits im Rahmen der Planungen für den Bau des P & R am Campus am Jungfernsee die Möglichkeit der Errichtung einer Parkplatzes geprüft worden ist. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass eine Erweiterung auf der Grundlage der

Festsetzungen des gültigen Bebauungsplanes Nr. 83 „Campus am Jungfernsee“ nicht möglich ist. Die Flächen, die planungsrechtlich als P & R ausgewiesen worden sind, sind ausgeschöpft und werden gut angenommen. Es gibt Überlegungen eine Privilegierung für ÖPNV-Nutzer vorzunehmen. Perspektivisch wird dieser Standort mit dem Ausbau von Krampnitz an Bedeutung verlieren, so dass eine Erweiterung der Fläche nicht notwendig sei. Herr Schenke unterbreitet das Angebot, im 3. Quartal im KUM-Ausschuss zur Bewirtschaftung zu informieren.

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung :

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert zu prüfen, welche zusätzlichen Flächen für die Erweiterung des Park&Ride-Parkplatzes am "Campus Jungfernsee" zur Verfügung stehen und welche finanziellen Mittel hierfür nötig wären.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	5
Stimmenthaltung:	0

Damit empfiehlt der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag **abzulehnen**.

zu 3.11 Trinkwasserbrunnen und Hitzeschutz

Vorlage: 23/SVV/0195

Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam

Herr Berlin bringt den Antrag ein. Ziel des Antrages ist die Schaffung einer besseren Aufenthaltsqualität.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und Infrastruktur) berichtet, dass die Intention des Antrages unter Berücksichtigung der EU-Richtlinie im neuen Trinkwasserkonzept 2024 bis 2028 verfolgt werden könne. Die bereits existierenden Brunnen wurden für die Landeshauptstadt Potsdam kostenfrei von der Energie- und Wasser Potsdam GmbH hergestellt und auch betrieben. Er bittet jedoch auch im Hinblick auf den Potsdamer Haushalt zu beachten, dass für das Aufstellen von Trinkwasserbrunnen im Stadtgebiet mit jeweils unterschiedlichen Erschließungsaufwendungen je Standort entsprechende finanzielle Mittel bereit zu stellen sind.

Es wird vorgeschlagen auch diesen Antrag zurückzustellen und gemeinsam mit der Haushaltsberatung erneut aufzurufen.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

zu 3.12 Begrünung des Mittelstreifens der Breiten Straße
Vorlage: 23/SVV/0185
Fraktion DIE LINKE

Eine Einbringung wird nicht gewünscht.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und Infrastruktur) erinnert, dass die Frage der Begrünung des Mittelstreifens Breite Straße bereits umfassend geprüft worden ist. Möglicherweise könne eine Umwandlung in einen Prüfauftrag erfolgen.

Frau Schkölziger spricht sich für das Anlegen eines Grünstreifens als Barriere aus, um möglichst zu verhindern, dass gefährliche Überquerungen von Fußgängern erfolgen.

Herr Rubelt äußert, dass auch Grünpflanzen und Sträucher nicht wirklich helfen würden. Auch in dieser Richtung sei die Prüfung bereits erfolgt, so dass verwaltungsseitig die Ablehnung des Antrages empfohlen wird.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Begrünung des Mittelstreifens der Breiten Straße zu veranlassen.

In einem ersten Abschnitt ist der Mittelstreifen vor dem Naturkundemuseum bis zur Kreuzung Schopenhauerstraße zu entsiegeln, ca. 50 cm tief mit Pflanzboden zu füllen und mit Rasen / Blumen / niedrigen Sträuchern zu bepflanzen. Dabei sind bezüglich Bepflanzung und Pflege Initiativen von Bürgern einzubeziehen, sofern möglich.

In einem zweiten Abschnitt ist der Bereich zwischen Schopenhauerstraße und Zeppelinstraße gleichermaßen zu begrünen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im September 2023 über den Stand zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	0
Ablehnung:	3
Stimmenthaltung:	3

Damit empfiehlt der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag **abzulehnen**.

zu 3.13 Quartiersgaragenkonzept für die Innenstadt und angrenzenden Vorstädte
Vorlage: 23/SVV/0191
Fraktion CDU

Herr Finken bringt den Antrag ein und bittet ihn als Ergänzung zum Innenstadtverkehrskonzept anzunehmen.

Herr Schenke (Fachbereich Infrastruktur und Mobilität) geht auf die drei im Antrag befindlichen Beschlusspunkte ein. Er macht aufmerksam, dass die Prüfung zum 1. und 2. Punkt vorgenommen und die Berichterstattung dazu im Dezember 2023 erfolgen könne. Das im 3. Punkt gewünschte Realisierungskonzept sei jedoch nicht leistbar und ohne Vorlage des Ergebnisses zu den Punkten 1 und 2 auch nicht zweckmäßig.

Herr Finken erklärt für die antragstellende Fraktion, dass der Punkt 3 gestrichen werden könne.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. für die Innenstadt getrennt für den Innenstadtring und die angrenzenden Vorstädte zu prüfen, ob die vorhandenen und geplanten Parkgaragen von ihrer Kapazität ausreichen, um den Bewohnern ein Quartiersgaragenkonzept, wie es in Krampnitz vorgesehen ist, anzubieten. Dabei sind die aktuell vorhandenen Fahrzeugzahlen sowie deren, aufgrund der vorgesehenen Wohnbebauung zu erwartenden Entwicklung, zugrunde zu legen sowie ein zu definierender Mindestbedarf an Parkplätzen für Mischnutzung festzulegen.
2. Flächen für die Realisierung der ggf. noch benötigten Parkhäuser zu identifizieren sowie
3. ~~ein Realisierungskonzept, das der Umsetzung des Konzeptes Innenstadt Strassenräume neu denken entspricht, unter Einbeziehung von ÖPP zu entwickeln.~~

Dem Ausschuss für Klima, Umwelt, und Mobilität ist bis Dezember 2023 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **4**
Ablehnung: **0**

Stimmhaltung: 2

zu 3.14 Konkretisierung der Nachhaltigkeitsstandards sowie Verzicht auf eine Tiefgarage in den Planungen für Block V

Vorlage: 23/SVV/0189

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion SPD

Herr Twerdy bringt den Antrag ein.

Herr Tomczak äußert, dass er den Antrag ablehne und verweist auf die erst in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung erfolgte Konkretisierung der Ziele. Grundlage dafür war die Wirtschaftlichkeitsberechnung, so dass nachträgliche Änderungen der Nachhaltigkeit nicht zielführend wären. Ergänzend spricht sich Herr Tomczak nochmals zu einem Moratorium für den Staudenhof aus.

Auch Herr Finken betont, dass er dem Antrag keine Zustimmung geben könne. Stellflächen sind erforderlich und von daher die Unterkellerung sinnvoll.

Herr Berlin regt die Zurückstellung des Antrages an, bis das Moratorium zum Abriss des Staudenhofes kommt.

Herr Twerdy wirbt für den Antrag in der eingebrachten Fassung.

Der Antrag wird durch den Vorsitzenden zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird in seiner Eigenschaft als Gesellschafter der ProPotsdam beauftragt, sicherzustellen, dass folgende Konkretisierungen in Planung und Ausführung beim Neubauvorhaben Block V im Sanierungsgebiet Potsdamer Mitte beachtet werden:

1. Die weitestmögliche Anwendung der DGNB-Kriterien für einen nachhaltigen Rückbau, um Stoffströme möglichst im Kreislauf zu halten und negative ökologische Auswirkungen des Abrisses zu minimieren,
2. die weitestmögliche Anwendung von Kriterien aus Nachhaltigkeitsstandards wie DGNB Platin, insbesondere QNG Premium oder zukünftigen höherwertigeren Standards, die ganzheitliche Nachhaltigkeitsanforderungen im gesamten Lebenszyklus berücksichtigen, insbesondere:
 - a) Holzhybridbauweise, einschließlich tragender Holzelemente, unter Verwendung von Holz aus weitestgehend nachhaltig bewirtschafteten und regionalen Herkünften,

- b) Ausschöpfung von Versickerungspotenzialen vor Ort durch Reduzierung der Versiegelung,
 - c) Wärmeversorgung mittels Niedertemperatur-Technik, um baldmöglichst mit dekarbonisierter Fernwärme eine CO₂-neutrale Wärmeversorgung zu erreichen,
3. eine Gebäudekonzeption, die das Potenzial zur Erzeugung von Solarenergie optimiert und
4. Bauweisen, die es ermöglichen, die Gebäude am Ende ihrer Lebensdauer zu demontieren und im Rahmen der technischen Möglichkeiten Bauteile wiederzuverwenden oder zumindest dem Recycling zuzuführen.

Zusätzlich sind die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der Block V ohne Tiefgarage errichtet wird. Dazu wird die Herauslösung von Block V aus der Stellplatzsatzung hinsichtlich der Anforderungen an Stellflächen für KFZ analog Block III und IV vorbereitet.

Stattdessen soll nur ein Untergeschoss als Mieterkeller und – im Sinne eines nachhaltigen Mobilitätskonzeptes – ohne allgemeine KFZ-Stellplätze entstehen. Gleichzeitig sollen dadurch die Versiegelungsfläche im Innenhof verkleinert sowie die Bedingungen für Grünpflanzung und Regenwasserableitung deutlich verbessert werden.

Alle weiteren Inhalte der Beschlussfassung zum Sanierungsgebiet "Potsdamer Mitte" Konkretisierung der Sanierungsziele Block V, DS 22/SVV/0931 - darunter der soziale Auftrag bezahlbares und vielfältiges Wohnen zu ermöglichen - bestehen unverändert fort.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	3
Stimmenthaltung:	1

Damit empfiehlt der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag **abzulehnen**.

zu 3.15 Klimabericht 2020
Vorlage: 22/SVV/1096

Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen
(Mitteilungsvorlage) - 2. Lesung

Auf Nachfrage von Frau Dr. Haebel geht Frau Lippert (Koordinierungsstelle Klimaschutz) auf die in der Koordinierungsstelle vorhandenen personellen Kapazitäten ein und informiert im Detail über die Aufgabenbereiche.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die MV 22/SVV/1096 zur Kenntnis.

zu 3.16 Sachstandsbericht zur Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung zur Verstärkung der Klimaschutzziele in der Stadtentwicklung
Vorlage: 23/SVV/0210
Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen
(Mitteilungsvorlage)

Der Vorsitzende macht aufmerksam, dass zu allen nachfolgenden Tagesordnungspunkten 3.16 bis 3.24 die Mitteilungsvorlagen überwiesen worden sind. Er bittet um Information, ob es zu dem einen oder anderen TOP noch Diskussionsbedarf gibt und schlägt vor, ansonsten alle Mitteilungsvorlagen zur Kenntnis zu nehmen. Diesem Vorschlag wird einstimmig gefolgt.

Frau Schkölziger meldet Diskussionsbedarf zum TOP 3.2.1. - MV 23/SVV/0239-an.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die MV 23/SVV/0210 zur Kenntnis.

zu 3.17 Sachstandsbericht zur Umsetzung des Beschluss 21/SVV/0566 Klimacheck in Vorlagen (Klimawirkungsprüfung von StVV-Beschlüssen)
Vorlage: 23/SVV/0167
Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen
(Mitteilungsvorlage)

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die MV 23/SVV/0167 zur Kenntnis.

zu 3.18 Förderrichtlinie zur Aktivierung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen in der Landeshauptstadt Potsdam (Klimaschutzförderrichtlinie – PKSchuFRL)
Vorlage: 23/SVV/0166
Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen
(Mitteilungsvorlage)

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die MV 23/SVV/0166 zur Kenntnis.

zu 3.19 Zwischenbericht - Ökologisches Bauen von kommunalen Gebäuden
Vorlage: 22/SVV/1222
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich 1, Kommunaler Immobilien Service
(Mitteilungsvorlage)

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die MV 22/SVV/1222 zur Kenntnis.

zu 3.20 **Besonders attraktive Fördermöglichkeiten für den Austausch von Ölheizungen nutzen**
Vorlage: 23/SVV/0172
Oberbürgermeister, GB 1, Kommunalen Immobilien Service
(Mitteilungsvorlage)

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die MV 23/SVV/0172 zur Kenntnis.

zu 3.21 **Anschaffung von Dialogdisplays (Geschwindigkeitsanzeigen) zur Verbesserung der Verkehrssicherheit**
Vorlage: 23/SVV/0239
Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
(Mitteilungsvorlage)

Frau Schkölziger weist darauf hin, dass die in der Mitteilungsvorlage gegebenen Informationen nicht ausreichen würden.

Herr Schenke (Fachbereich Infrastruktur und Mobilität) verweist auf die Seite 2 der Vorlage mit dem Hinweis, dass für eine Umsetzung keine Mittel im Haushalt zur Verfügung stehen.

Herr Twerdy regt an, einen haushaltsbegleitenden Antrag zu stellen.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die MV 23/SVV/0239 zur Kenntnis.

zu 3.22 **Wiedereröffnung der Straße Am Lustgartenwall für Fahrradfahrer und Fußgänger zwischen Hoffbauerstraße/Dortustraße und "Am Lustgartenwall"**
Vorlage: 23/SVV/0240
Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
(Mitteilungsvorlage)

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die MV 23/SVV/0240 zur Kenntnis.

zu 3.23 **Barrierefreiheit Bahnhof Marquardt**
Vorlage: 23/SVV/0238
Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
(Mitteilungsvorlage)

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die MV 23/SVV/0238 zur Kenntnis.

zu 3.24 Rahmenplan Am Stern
Vorlage: 23/SVV/0171
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
(Mitteilungsvorlage)

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die MV 23/SVV/0171 zur Kenntnis.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Berichterstattung zum Fahrplan STEK Verkehr

Zu den nachfolgenden TOP'en 4.1 bis 4.7 wurde die Berichterstattung per Email an die Ausschussmitglieder übermittelt. Der Vorsitzende schlägt auch hier – vorbehaltlich eines Diskussionsbedarfes - vor, alle Berichte zur Kenntnis zu nehmen.

Das Einverständnis erfolgt einstimmig.

Die Berichterstattung zum TOP 4.1 Fahrplan STEK Verkehr wurde den Ausschussmitgliedern am 21.03.2023 per Email übermittelt und wird im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Berichterstattung zum Fahrplan Stadtentwicklungskonzept Verkehr zur Kenntnis.

zu 4.2 Berichterstattung zur Dach- und Fassadenbegrünung in der Landeshauptstadt Potsdam (gemäß Beschluss 17/SVV/0532)
Fachbereich Umwelt, Klima und Grünflächen

Die Berichterstattung wurde den Ausschussmitgliedern am 21.03.2023 per Email übermittelt und wird im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die jährliche Berichterstattung zum Beschluss 17/SVV/0532 zur Kenntnis.

zu 4.3 Berichterstattung zur Vermeidung von Schleichverkehr in der Posthofstraße (gemäß Beschluss 20/SVV/1120)
Fachbereich Mobilität und Infrastruktur

Die Berichterstattung wurde den Ausschussmitgliedern am 21.03.2023 per Email

übermittelt und wird im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die BE zum Prüfauftrag 20/SVV/1120 zur Kenntnis.

zu 4.4 Berichterstattung zum Prüfauftrag "Querschnitt Modal Split" (gemäß Beschluss STVV 22/SVV/0733)

Fachbereich Mobilität und Infrastruktur

Die Berichterstattung wurde den Ausschussmitgliedern am 21.03.2023 per Email übermittelt und wird im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die BE zum Prüfauftrag 22/SVV/0733 zur Kenntnis.

zu 4.5 Berichterstattung zur Verbesserung der Querungssituation am Brandenburger Tor (gemäß Beschluss 22/SVV/0728)

Fachbereich Mobilität und Infrastruktur

Die Berichterstattung wurde den Ausschussmitgliedern am 21.03.2023 per Email übermittelt und wird im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die BE zum Prüfauftrag 22/SVV/0728 zur Kenntnis.

zu 4.6 Berichterstattung zum Prüfauftrag "Fußgängerweg an der B2 Nedlitzer Straße von der Bushaltestelle Am Pflingstberg bis zum Eingang Volkspark" (gemäß Beschluss STVV 22/SVV/0746")

Fachbereich Mobilität und Infrastruktur

Die Berichterstattung wurde den Ausschussmitgliedern am 21.03.2023 per Email übermittelt und wird im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die BE zum Prüfauftrag 22/SVV/0746 zur Kenntnis.

zu 4.7 Berichterstattung zum Prüfauftrag "Austausch der Straßenbahnschienen in Gefahrenbereichen" (gemäß Beschluss STVV 22/SVV/0729)

Fachbereich Mobilität und Infrastruktur

Die Berichterstattung wurde den Ausschussmitgliedern am 21.03.2023 per Email übermittelt und wird im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die BE zum Prüfauftrag 22/SVV/0729 zur Kenntnis.

zu 5 Sonstiges

keine